



## Resolution

### *"Wirtschaftskriminalität"*

Der Wirtschafts- und Sozialrat,

unter Hinweis auf den letzten Bericht von Transparency International, der feststellt, dass kein Land der Welt frei von Korruption ist,

bestürzt, dass sich etwa 2/3 der Staaten auf einem kritischen Korruptionslevel befinden,

in Erinnerung rufend, dass der IWF festgestellt hat, dass etwa 5% des weltweiten BIP aus illegalen Quellen stammt,

feststellend, dass viele Entwicklungs- und Schwellenländer kaum Möglichkeiten der Eindämmung haben,

erinnernd daran, dass auch die Industriestaaten von Wirtschaftskriminalität betroffen sind,

beobachtend, dass die internationale Staatengemeinschaft hierdurch hohe Verluste an Steuereinnahmen erleidet,

zur Kenntnis nehmend, dass die Korruption und die Geldwäsche, besonders im Drogenhandel, die Wirtschaft und Gesellschaft belasten,

bemerkend, dass erst 30% der Länder über wirksame „Anti-Geldwäsche-Gesetze“ verfügen,

in Sorge darüber, dass im Jahr 2009 weltweit eine immense Summe von 1,1 Billionen Euro Schwarzgeld gewaschen wurde,

1. schlägt vor, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre eine international verbindliche Anti-Geldwäsche-Richtlinie erarbeitet und verabschiedet werden soll;
2. hofft auf eine international gemeinsam erarbeitete Verschärfung und Ratifizierungspflicht für die UNCAC;
3. legt nahe, Unternehmen zu einer korruptionsablehnenden Unternehmenskultur zu verpflichten;

4. ersucht alle Mitglieder der UN, innerhalb von zwei Jahren wirksame Landesgesetze gegen Wirtschaftskriminalität zu erlassen;
5. lädt ein, die Zusammenarbeit der Staaten gegen die internationale Wirtschaftskriminalität, insbesondere unter Auslieferung von Verdächtigen, zu verstärken;
6. legt dringend nahe, strenge, einheitliche Freiheitsstrafen für Korruption und Geldwäsche einzuführen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen;
7. empfiehlt, auch in den Industriestaaten stärkere Korruptionskontrollen einzuführen;
8. bittet, besonders die Schwellen- und Entwicklungsländer finanziell im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität zu unterstützen;
9. begrüßt die starke Kontrolle der zukommenden finanziellen Mittel an die Schwellen- und Entwicklungsländer, um Missbrauch zu vermeiden.